

Benjamin Mikfeld

Rot-Rot-Grün in der sedierten Republik?

Thesen zu einer potenziellen Mehrheit links der Mitte

Eine Koalition ist kein Projekt.

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Da keine Partei bei der letzten Bundestagswahl ihren Partnerwunsch realisieren konnte, gehen die Diskussionen über alternative Farbkombinationen in eine neue Runde. Rot-Grün hat es im dritten Anlauf nicht geschafft. Zwar favorisieren SPD und Grüne immer noch diese Zweierkoalition, doch es wäre fahrlässig, darauf zu hoffen, dass es beim nächsten Mal klappt. Darum war es sinnvoll, dass die SPD ihre Beteiligung an der Großen Koalition mit dem Parteitagsbeschluss verbunden hat, die Option Rot-Rot-Grün (R2G) für künftige Wahlen nicht mehr grundsätzlich auszuschließen.

Das alleine reicht aber nicht. Auch wenn es in den Parteien und Medien die nicht unproblematische Tendenz gibt, Macht- und Personalfragen intensiver zu erörtern als Sachfragen, sollte der Eindruck vermieden werden, irgendeine Option habe einen Wert an sich. Jenseits von Wahlen interessieren Koalitionsszenarien wohl vor allem drei Gruppen: Politiker, Journalisten und Politologen. Doch viele Bürger wollen vor allem wissen: Wozu soll R2G eigentlich gut sein?

Es gibt keine linke Mehrheit im Land.

Schon innerhalb der drei Parteien ist die Option R2G kein ungeteilter Herzenswunsch. Wichtiger ist aber: Es gibt trotz einer theoretischen Mehrheit im aktuellen Bundestag keine rot-rot-grüne Stimmung im Land. Sehr vereinfacht formuliert: Die besitzbürgerliche Oberschicht ist fest in liberalkonservativer Hand. Die Mittelschicht-Milieus sind in ihren politischen Orientierungen und Bedürfnissen bekanntermaßen vielfältig. Große Teile der Unter-

schicht fühlen sich vom Politikbetrieb ausgeschlossen und gehen nicht mehr wählen. Nur 30,2 % der Wahlberechtigten haben sich 2013 für eine dieser drei Parteien entschieden. Wenn es überhaupt so etwas wie eine Grundstimmung im Lande gibt, dann besteht diese aus zwei Elementen. Erstens: Deutschland geht es gut, die Krisen sollen draußen bleiben. Zweitens: Es gibt zwar ein diffuses Unbehagen über den gegenwärtigen Kapitalismus, aber im Zweifel geht persönliche Sicherheit vor abstrakter Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Deutschland ist eine politisch sedierte Republik. Merkels geschmeidiger Konservatismus, mit harter Hand in Europa und einem »Weiter so«, garniert mit sozialpolitischen sowie liberalen Zugeständnissen im eigenen Land bedient diese Stimmung perfekt bzw. hat sie auch hervorgebracht.

Das inhaltliche Trilemma.

Für den Zustand der sedierten Republik mag es einige Gründe geben. Einer liegt darin, dass es links der Mitte (und damit sind nicht nur Parteien gemeint) kein gemeinsames Projekt gibt, das Merkels geschmeidigem Konservatismus eine andere Deutung und Politik entgegenstellt. In der Bewertung der Krisenentwicklungen der letzten Jahre sowie der ökonomischen Zukunft ist man hier in verschiedene »Diskurswelten«, im Sinne von Weltsichten, Alltagserfahrungen und politischen Zielen aufgespalten.

Die sozialdemokratisch-industriearbeiterschaftliche Diskurswelt hat in besonderer Weise die Exportsektoren im Blick, verfügt aber über zu wenige Alleinstellungsmerkmale gegenüber dem Merkelismus. Eine linkskeynesianische bzw. sozial-ethische Diskurswelt setzt auf »Umfair-

teilen«. Doch in erster Linie verteilungspolitisch begründete Steuererhöhungen verschrecken offenbar auch Arbeitnehmer, die sich ihren »Wohlstand im Kleinen« geschaffen haben. Das Öko-Bürgertum will mehr wirtschaftliche Nachhaltigkeit, ist sich aber selbst unschlüssig, ob es in Verteilungsfragen überhaupt zum linken Lager gehört. Schließlich gibt es vor allem in intellektuellen Kreisen Ökokreative und Postwachstums-Apologeten, deren wachstumskritische Ideen jedoch an die breite Arbeitnehmerschaft derzeit kaum anschlussfähig sind.

Diese Diskurswelten trennt politisch und kulturell manches. Es gibt über Einzelforderungen wie einem Mindestlohn hinaus derzeit kein linkes Lager an sich und damit auch keines für sich. Gerade in der SPD wird das inhaltliche Trilemma von »Mitte-Links« deutlich: Zwar wird die Formel von der Verbindung der Ziele ökonomischer Prosperität, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit mantrahaft vertreten. Aber in Wirklichkeit fehlt eine konzeptionelle, über den Tag hinausweisende Idee, die diese Ziele in einem gesellschaftspolitischen Projekt verbindet.

Das strategische Trilemma.

Mit dem inhaltlichen Trilemma verknüpft ist zudem ein strategisches. Alle Parteien müssen (auf je spezifische Weise) ihr Alleinstellungsmerkmal in Abgrenzung zu anderen verdeutlichen und zugleich sowohl eine Wählerkoalition als auch eine politische Machtoption in den Blick nehmen.

Doch wie eine mehrheitsfähige Wählerkoalition in Abgrenzung zur Merkel-Politik formen, wenn diese Mainstream ist? Verhindert ein offensives Eintreten für R2G nicht gerade eine mehrheitsfähige Wählerkoalition? Ist für die SPD eine Ampel mit einer sich neu orientierenden FDP nicht taktisch naheliegender? Sollten die Grünen nicht zumindest gleichermaßen auf die (von vielen Medien zudem unter-

stützte) schwarz-grüne Karte setzen? Und wie sollen die Koalitionsbereiten in der Partei DIE LINKE ihrem radikalen Flügel eine Regierungsbeteiligung schmackhaft machen, wenn der Preis dafür der Verzicht auf ein Alleinstellungsmerkmal sein soll?

Wichtiger als Debatten über mögliche Koalitionen links der Mitte wäre zunächst einmal der ernsthafte Versuch, ob im Land überhaupt eine politische Diskurswende möglich und realisierbar ist. Eine solche Diskurswende müsste auch mentale Blockaden lösen, die Republik aus ihrem Schlaf erwecken und überhaupt wieder verdeutlichen, dass Zukunft gestaltbar ist.

Eine potenzielle Mitte-Links-Regierung braucht eine ökonomische Begründung.

Eine Diskurswende muss die Konservativen auch auf ihrem Terrain, der ökonomischen Deutungshoheit, herausfordern. Wenn eine potenzielle politische Mehrheit links der Mitte einen höheren »Sinn« hat, dann den, sich mit dem zentralen polit-ökonomischen Problem unserer Zeit auseinanderzusetzen. Diesen hat der aktuell viel zitierte französische Ökonom Thomas Piketty auf die Formel $R > G$ gebracht: Die Rendite auf Vermögen (R) nimmt stärker zu als das Wachstum von BIP und Löhnen (G). Mögen Pikettys theoretische Annahmen von kritischen Ökonomen auch bemängelt werden, ist die Aufmerksamkeit für seine Arbeiten zumindest ein Indiz dafür, dass breiteren Kreisen bewusst ist, dass hier etwas im Argen liegt.

Erforderlich ist ein neues sozial-ökologisches Investitionsregime in Deutschland und Europa, das privates Vermögen abschöpft und in zukunftsfähige private und öffentliche Investitionen lenkt. Ein solches Investitionsregime wäre der Knotenpunkt drängender Aufgaben: Die Zählung des Finanzkapitalismus, die Durchsetzung von Gerechtigkeitsprinzipien, die Steigerung der Investitionen in die ökologische Wende, die Verbesserung des Bildungssystems

und der Finanzausstattung der Kommunen und die Modernisierung des Sozialstaats.

Doch erfordert ein solches Investitionsregime – soll es gesellschaftlich mehrheitsfähig sein – mehr konzeptionelle und kommunikative Kreativität als die bloße Auflistung von Steuererhöhungsmaßnahmen oder einen Populismus gegen »Reiche«. Es geht um drei Säulen: Erstens muss es einen Transfermechanismus zwischen den »Kapitalfraktionen« geben, also von der Finanzanlage in reale Investitionen für nachhaltiges Wachstum. Zweitens ist eine Auflösung des öffentlichen Investitionsstaus und eine bessere Ausstattung der Kommunen erforderlich. Die anstehende Auseinandersetzung über die Zukunft der föderalen Finanzordnung wird hier maßgebend sein. Die dritte Säule beinhaltet steuerfinanzierte sozialinvestive Maßnahmen (siehe folgende These). R>G ist Ausdruck von Macht- und Verteilungsverhältnissen, die aus Sicht der politischen Linken inakzeptabel sind. Hier liegt eine wesentliche Begründung von R(2)G.

Eine potenzielle Mitte-Links-Regierung braucht zudem eine Idee vom »guten Leben«. Doch solche Ökonomithemen sind kompliziert, und wie oft mussten wir erleben, dass die Konservativen den »Alltagsverstand« erfolgreich gegen linke Reformideen in Stellung gebracht haben. Die Forderung nach einem neuen Investitionsregime (schon mit dem Begriff ist selbstverständlich kein Blumentopf zu gewinnen) prallt zunächst einmal ab an der aktuellen Berichterstattung über die gute Wirtschaftslage und angebliche Rekordsteuereinnahmen. Daher darf dieses Investitionsregime auch nicht als situatives Krisenmanagement verstanden werden.

Es geht um ein »big thing«, ein Modernisierungsprojekt, das Weichen für die nächsten ein bis zwei Jahrzehnte stellt. Gerade die dritte sozialinvestive Säule muss einen konkreten Bezug zum Alltagsleben

verschiedener Milieus und Schichten und ihrer jeweiligen Probleme haben. Auch weil Rote und Grüne unter Verdacht eines Lebensführungs paternalismus stehen, müssen sie die Idee eines (Sozial-)Staates formulieren, der Freiheit und Verwirklichungschancen erhöht und so ein »gutes Leben« ermöglicht. Denkbar wäre die Verzahnung und Erweiterung verschiedener bislang konzeptionell nicht verbundener Maßnahmen (wie z.B. des Elterngeldes) in Richtung eines »persönlichen sozialinvestiven Budgets«, das Bürger für Auszeiten für Weiterbildung, Betreuung und Pflege nutzen können. Sozialinvestiv ist dieses Budget, weil es den persönlichen (Zeit-)Wohlfühlstand und möglicherweise auch die volkswirtschaftliche Produktivität erhöht.

Strategiefähigkeit heißt Diskursfähigkeit.

Wahlen entscheiden sich nicht an langen Programmatalogen, sondern an einigen wenigen grundlegenden Fragen, die zur Zeit der Wahl als zentral erachtet werden. Aus der Bundestagswahl 2013 kann man die Lehre ziehen, dass sich eigene Deutungen der Lage kurzfristig kaum noch etablieren lassen, wenn kein exogenes Ereignis (Krisen, Kriege, Fluten) die Verhältnisse erschüttert und der hegemoniale Gegner keinen Fehler macht.

Ob strategisch geplant oder nicht – Merks Diskurs des »Stabilitätspatriotismus« war ab etwa 2010 dominant. Das konservative Framing (»Gemeinsam erfolgreich«) stärkte diesen Diskurs und am Ende war er wahlentscheidend. Der Versuch einer politischen Diskurswende – ob sie gelingt, hängt von vielen Faktoren ab, planbar ist sie nur bedingt – kann also nicht erst Ende 2016 in Angriff genommen werden. Für die Parteien bedeutet das, dass sie auf zwei strategischen Ebenen operieren müssen. Auf der ersten Ebene müssen sie ihr Gegenwartsgeschäft erledigen. Für die SPD ist das eben gute Regierungsarbeit in der Großen Koalition. Auf einer zweiten Ebene geht es darum, eine politische Dis-

kurswende in die Wege zu leiten, also strategisch darauf hinzuwirken, dass die eigenen Deutungen und Themen ins Zentrum rücken. Auf dieser Ebene sollten die Parteien den Dialog mit Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft führen, um

Grundzüge eines neuen Investitionsregimes auszuarbeiten und eine politische Wende in der sedierten Republik zumindest zu versuchen. Und umgekehrt müssen auch Impulse »von unten« aus den Parteien sowie der Zivilgesellschaft erfolgen.



Benjamin Mikfeld

ist Diplom-Sozialwissenschaftler und Geschäftsführer des Denkwerk Demokratie.

benjamin.mikfeld@denkwerk-demokratie.de

Michael Brie

Die Hausaufgaben sind noch nicht gemacht

Die linke Mitte und ihre gesellschaftliche Grundlage

Nach der verlorenen Bundestagswahl 2009 hatte Sigmar Gabriel die SPD auf den Kurs der Schaffung neuer Mehrheiten in der Mitte der Gesellschaft eingeschworen. Mit Verweis auf Willy Brandts Politik der späten 60er Jahre formulierte er 2009 auf dem Parteitag in Dresden: »Die Mitte war links, weil wir sie verändert haben. Die SPD hat sie erobert, und das müssen wir wieder machen, liebe Genossinnen und Genossen«. Dieses Ziel wurde 2013 verfehlt, und zwar durch die gesamte politische Linke in Deutschland. Addiert man die Wählerschaft von CDU/CSU, FDP und AfD, so war der relative Anteil von SPD, Grünen und der Partei DIE LINKE an den abgegebenen Stimmen seit 1990 noch nie so gering. Er lag bei 43 %, 1998 waren es noch 10 Prozentpunkte mehr, seitdem sank der Anteil stetig. Einer der Gründe ist der spezifische Charakter der geringeren Wahlbeteiligung. Sie hat auch ein soziales Gesicht. In den gut betuchten Stadtteilen Hamburgs, Berlins oder Kölns gehen weiterhin 90 % der Bürgerinnen und Bürger in die Wahllokale. In den sogenannten Problembezirken aber sind es verbreitet unter 50 %. Es

ist eine Demokratie der Ungleichheit entstanden – die ungleiche demokratische Partizipation und eine Politik der ungleichen Verteilung von Lebenschancen verstärken sich wechselseitig, wie Larry M. Bartels in *Unequal democracy* konstatiert.

Die Niedrigverdiener, das Subproletariat, jene, die euphemistisch als Bildungsferne bezeichnet werden, und kaum integrierte migrantische Gruppen verabschieden sich aus der Demokratie oder kommen dort gar nicht erst an – nicht bei Wahlen und schon gar nicht beim demokratischen öffentlichen Protest und anderen Formen demokratischer Partizipation. Sie glauben nicht, dass sie dabei etwas zu gewinnen haben. Über Jahrzehnte sind sie einer Politik negativer Diskriminierung ausgesetzt.

Genau jene, die von der Politik einer linken Mitte am meisten profitieren würden, die auf den Sozialstaat, die öffentliche Daseinsvorsorge, soziale Eingriffe in die Wirtschaft besonders angewiesen sind, behalten ihre Wahlstimme für sich und fühlen sich von der politischen Linken im weitesten Sinne nicht angesprochen. Und die